



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1909**

562 (2.12.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-319178](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-319178)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich, Ertragslos 20 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postzuschlag Nr. 342 pro Quartal, Einzel-Nummern 6 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Annahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 50
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 562.

Donnerstag, 2. Dezember, 1909.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst 12 Seiten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 2. Dezember 1909.

Zur Präsidentenwahl im Reichstage

Schreibt die „Nat. Lib. Korresp.“:

Die Zweifel dieser letzten Wochen sind zerstreut und des Erbittens kann ein Ende werden: die Nationalliberalen haben am Mittwoch beschlossen, am Präsidium nicht teilzunehmen und in Befolgung dieses Beschlusses weiße Zettel abgegeben. Die Entscheidung — das anzumerken wird nicht unnötig sein — ist einmütig erfolgt. Gewiß: Bedenken mögen dem einen oder anderen gekommen sein; wie derlei Dinge ja naturgemäß immer ihre zwei Seiten haben. Aber die frühe Farbe der Entschliessung haben sie nicht trüben können, und im entscheidenden Moment waren sie über den Weg, den die Fraktion zu gehen hatte, einig. Es handelt sich im Grunde nur um eine Frage sächlicher Konsequenz. Nachdem Monate hindurch von den Nationalliberalen der denkbar härteste Kampf gegen die neue Mehrheit geführt worden war, hätte man ein anderes Vorgehen im Volke kaum verstanden. Der Kampf soll ja auch künftig weiter gehen. Nach wie vor wollen wir gegen die großagrarische Interessentpolitik protestieren, gegen das dreifache Hervorkleben des Egoismus und die Rücksichtslosigkeit, mit der das Zentrum alle Grundzüge in den Reichstagen zu hängen weiß. Wenn nur das Parteiferwerchen darum lustiger brodelte. Da hätte es wie ein Vermischen der Situation angenommen, wie ein Verlassen der geraden Linie, durch die und um herumwühlen die Nationalliberalen in den letzten Monaten so viele alte Freundschaft sich gestiftet, so viel neue hinzugewonnen haben, wenn sie nun wieder mit von der Partie gewesen wären und wieder (wie man im Lichte sagt) „Brot und Butter“ mit allen denen, die sie bis hierzu eifervoll bekämpft hatten. Darum war es logisch und war es auch politisch klug, daß die Nationalliberalen jetzt abseits ziehen. Nicht, als ob sie nun in die Opposition abzuweichen wollten und grundsätzlich oder aus Verbitterung Nein sagen. Im Gegenteil: mit verdoppelter Fleiß geduldet sie in Zukunft an allen Aufgaben positiv und schöpferisch mitzuarbeiten. Aber mit Zentrum und Konservativen über die Befegung des Präsidiums sich zu einigen, sehen sie keinen Grund. Das soll das Gepräge der neuen Mehrheit tragen, ein Sinnbild sein dieser schwarz-blauen Union, die den Hochverrat im Reichstag gestürzt und dem deutschen Volke wohl ein Unheil denkender Steuern, aber keine Finanzreform beschert hat. Dieser symbolische Charakter soll dem Präsidium erhalten bleiben und demütlich haben gerade aus solchen Erwägungen heraus auch die Freikonservativen abgesehen, in das Dreimännerkollegium einzutreten.

Manchem — wir sehen es kommen — wird es schwer fallen, an ein Reichstagspräsidium ohne Nationalliberalen sich zu gewöhnen. Damit werden wir, werden auch die

Schwachmütigen sich abzufinden haben. Wir ziehen die Strafe weiter, die wollen wir uns trennen bleiben, wir ziehen müssen. Nicht, ohne dem vorläufig letzten nationalliberalen Vizepräsidenten ein warmes Wort des Dankes zuzufügen. Er hat in den Jahren, in denen er — immer liebenswürdig und gefällig, und, wo es Not tat, auch energisch — zu feiner Zeit die Reichstagsgeschäfte leitete, sich vielerlei und bleibende Verdienste um die Sache des Liberalismus erworben. Das wollen wir in dieser Stunde, die immerhin ein Scheiden bedeutet, ihm doch nicht vergessen.

* * *

Aus dem Hin und Her der Erörterungen über die Präsidentenfrage verdient ein Umstand besonders hervorgehoben zu werden: die Fraktionen der Konservativen und des Zentrums, die sich doch über die Verteilung der beiden ersten Posten verständigt haben müssen, haben es nicht für nötig gehalten, den liberalen Fraktionen davon irgendwelche Mitteilung zu machen. Diese haben vielmehr allein aus den Zeitungen erfahren, daß das Zentrum auf die Stellung des Präsidenten verzichtet und als ersten Vizepräsidenten den Abgeordneten Dr. Spahn vorschlugen, sowie, daß die Parteien der „neuen Mehrheit“ den Grafen Stolberg als Präsidenten wiedewählen wollten. Nach dieser Auserkennung der üblichen Formalitäten durch die Mehrheitsparteien war es selbstverständlich, daß die Liberalen bei der Präsidentenwahl weder von dem aktiven noch von dem passiven Wahlrecht Gebrauch machten.

Vom „Fortwurfseln“.

Wie man sich in den „höheren Regionen“ das künftige Verhältnis zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage etwa vorstellt, wird recht anschaulich in einem Artikel der „Allgemeinen Korrespondenz“ dargelegt. Die „Boss. Ztg.“ hätte die Thronrede nicht bloß gefunden. Sie bleibe auch hinter den bescheidensten Erwartungen zurück. „In Oesterreich würde man vielleicht von einem Beamtenministerium reden. Aus Oesterreich kommt auch das Wort vom Fortwurfseln. Man geht mit den Liberalen oder den Konservativen, man laubt nach rechts oder nach links — schließlich ist es der alte Zitzack-Kurs.“ An diese freisinnige Kritik knüpft die „Allgemeine Korrespondenz“ an, um dann das Fortwurfseln des neuesten Kurles also mit mehr gutem Willen als Ueberzeugungskraft zu verteidigen:

Die „Bossische Zeitung“ bezieht sich auf Oesterreich, wenn sie von einem Beamtenministerium und vom Fortwurfseln spricht. Gewiß wird die gegenwärtige Reichsregierung ein Beamtenministerium — wie haben gar keinen Reichsminister — sein müssen und gewiß wird sie fortwurfseln müssen. Der gegenwärtige Reichstag hat die Arbeit mit einem Reichstage übernommen, der gewissermaßen einen Kammerposten bezieht. Während der ersten Hälfte seiner Lebensdauer hand dieser Reichstag im Zeichen des Bundes der Liberalen und der Konservativen, in der zweiten Hälfte steht er im Zeichen des konfessionsfeindlichen Bündnisses. Diese Veränderung ist eine Tatsache, an der Herr von Bethmann-Hollweg nichts ändern kann. Mit den Liberalen und den Sozialdemokraten — ganz abgesehen davon, daß uns eine solche Koalition im Deutschen Reich, tage unendlich erscheint — kann der Reichstagler schon darum nicht arbeiten, weil diese Parteien zusammen nicht die Mehrheit haben. Es wird ihm also allerdings nichts weiter übrig bleiben, als die Mehrheit zu nehmen, wo er sie findet, heute also eine aus den Konservativen und dem Zentrum bestehende, morgen eine aus

den Konservativen und den Liberalen sich zusammenschende Majorität.

Dies ist zum mindesten für die eben begonnene Reichstags-Sitzung auch kein Unglück, weil fast alle Vorlagen, die in diesem Jahre die Arbeit des Parlaments in Anspruch nehmen werden, die parteipolitischen Gegensätze garnicht berühren. Man erinnere sich, daß bei der allerdings geistreichsten Strafgesetznovelle von 1896 in manchen Fragen selbst die freisinnigen sich trennten und ein Teil von ihnen mit der Rechten zusammenging, ein anderer mit den Sozialdemokraten. Ähnliches ist bei der in diesem Winter an den Reichstag heranzutretenden Strafreform möglich; ebenso können sich bei den einzelnen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung die meistwichtigen Parteigruppierungen ergeben. Wir halten es da garnicht für ausgeschlossen, daß gelegentlich Konservative und Sozialdemokraten zusammengehen.

So macht es also nicht nur die allgemeine Situation unangenehm, daß die Thronrede zu einer Festsache, auf deren Auf sich gewisse Parteien zusammenschließen sollten, wurde, die Arbeiten der gegenwärtigen Tagung machten es auch unangenehm. Gewiß würden, wenn auch nicht bei den Gesetzesvorlagen, so doch bei anderen Gelegenheiten, vor allen Dingen bei der Verlegung des Etats, die Parteigegensätze und die bitteren Empfindungen, die durch die ungelungen Vorgänge des vorigen Frühjahrs und Frühsummers hervorgerufen worden sind, zum Ausdruck gelangen. Dann wird es Sache der Regierung sein, nach Möglichkeit zu vermitteln und zu beruhigen. Diese voranschreitende Explosion aber in der Thronrede gewissermaßen schon vorweg zu nehmen, wäre weder politisch klug noch auch taktvoll gewesen.

Herr Wehring, der Scholastiker.

Ueber die „Theorie in der Partei“ handelt Eduard Bernstein in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Auf den ersten Blick ein unverständliches Thema; zumal in der Behandlung, die ihm Herr Bernstein durch die ersten vier Seiten angedeihen läßt. Denn da führt er ein wenig umständlich aus, daß die Masse der „Genossen“ sich zwar nichts aus den Theoretikern mache und auf sie nicht allzu viel gebe; daß diese aber allein daran die Schuld tragen. Also logischerweise ein Lob der Praktiker, der rauhen Häute, der orthodoxen Unentwegtheit. Aber dann kommt der Verdesufel zum Vorschein. Herr Bernstein findet sich anheimelnd ganz belläufig und harmlos Herrn Franz Wehring, den Wochenblätter der „Parteiwochenchrift“ vor, um ihm mitzuteilen: er unterstelle sich eine Unkenntnis, von der ihm wohl bekannt sei, daß der Begründer des deutschen Arbeitervereins weit über sie erhaben war. In diesem Zusammenhang verleiht er dann Herrn Wehrings wissenschaftliche Art mit der mittelalterlichen Scholastik und schreibt:

Das Zurücktreten der Tatsachen für die Zwecke der Schule (im Mittelalter die Rechtfertigung und Vorbereitung der kirchlichen Dogmen) war die rühmlichste gelehrte Seite der scholastischen Philosophie und hat während langer Generationen deren Unfruchtbarkeit verdeckelt. Im Interesse der vorgelegten Autoritäten muß je nach Bedarf alles umgedeutet werden, was deren Einzigkeit in Zweifel setzen konnte, und dieses Beharrnis des Unverstandens beherrscht auch unsere offizielle Theorie. Daher sind vernünftige Kontroversen mit ihr ein Ding der Unmöglichkeit. Der Herr nach werden sie zum bloßen Gegenstand der Sache nach bleiben sie unfruchtbar. Zur Tatsache, die so handgreiflich vorliegen, daß sie niemand sich verweigern kann, werden anerkannt. Im Irrsinn soll die Wissenschaft a tout prix dort bleiben, wo Marx sie gelassen hat. Aber ein Bild in die grundlegenden Schriften neuerer Denker zeigt uns, daß die Wissenschaft nicht stehen bleibt, und daß in diesen Punkten ihres Gebiets die offiziell marxistische

Feuilleton.

„Der Wanderer“

(H. Viandante).

Lyrisches Drama von Gubins Macchi, Musik von Enrico Pohl. Uraufführung am 30. November im Königl. Opernhaus zu Dresden.

Man schreibt uns aus Dresden: Als erste Uraufführung in dieser Spielzeit gab man im Königl. Opernhaus die lyrische Oper „Der Wanderer“ von Enrico Pohl. Der Komponist (geb. 1861 in Sals) hat in Italien längt einen Ruf. Er ist jetzt Lehrer für Theorie und Orchestralspiel am Konservatorium zu Neapel. Seine zahlreichen Kompositionen sind in Deutschland wenig bekannt, auch seine Erzählung „Il cieco“, die 1898 in Venedig zur Uraufführung kam, ist nicht in Deutschland bekannt geworden.

Die Handlung der neuen Oper führt uns nach Sizilien zur Zeit des Sclavenkrieges. In geliebten Reimen verdeutschte Wilhelm Heber den Text Macchis. Der Wanderer ist ein Prophet, der Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Brüderlichkeit predigt. Er wird der Führer der revoltierenden Sclaven. In der Grotte des Meines, eines Sclaven, der von einem sterbenden Römer seine beiden Töchter Damia und Vida zur Wittve erbt, genießt der Prophet die Rechte des Sclaven. Die Begleitung Damias für die Heiden des Propheten weiß die Eltern nicht des Sclaven, der Damia liebt. Und nachts hat er heimlich den Propheten des Verzeites an. So haben überrollen den Wanderer, als er bei Damia weilt und führen ihn zum Scherhanke. Er erkennt die Intrigue des Meines, der ihn beim Volke verächtliche. Weiteren Anstößen streitet er zum Scherhanke und verzichtet dem Propheten. Die Auswirkung des Verzeites bleibt nicht aus. Er stürzt von dem Balkon des Propheten bekannt der Sclave seine Schuld und fällt der Witwe des Meines zum Opfer. Das Werk des Propheten, ein Aben von unendlicher Liebe, geht im Volke nicht unter.

Der Komponist, der von Neapel nach Dresden gewandert war, machte sich am Ende neben dem Opernkomponisten und dem temperamentvollen Kapellmeister Herrn Augustin, der von Mannheim zu und zurückkehrte, wohl ein Duell mit dem Publikum. Das Publikum war hier ergriffen und hingekommen. Und morgen wird die

Kritik beweisen, daß nur ein „Prometenpublikum“ der Oper solch warmen Beifall zollen konnte. Kein ironischer Zitz, anfangs eufeliche Freuden u. a. m. Sie wird nur einen Abhangserfolg konstatieren. Man sein. Auch die plauder kann, daß sich die Oper im Spielplan der deutschen Theater halten wird. Es fehlt eben doch der Mut und dem Text der dramatische Nerv, und der überaus effektvolle Schluß man darüber nicht zu täuschen. Aber über den Richter Enrico Pohl ist damit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Er ist ein Mann, der etwas zu sagen weiß. Er komponiert nicht im Sinne unserer polphonischen Oper; er arbeitet gewandt und geschmackvoll mit freien und einfachen Mitteln, die melodischen Gänge und einfachen Akkorde beschreiben. Das Schöne und Weibliche herrscht vor. Beherrschend melodische Töne fesseln unser Ohr. Ein feiner Musikmeister. In der Instrumentation kommt es zu prächtigen Effekten.

Dr. v. Baz als Prophet bezieht die Rolle mit künstlerischem Geiste und überredendem Können, es tritt wie eine Offenbarung seines Wissens von ihm aus. Scheidemantel als Sclave mit seiner fürper. Verdanktheit und modulationalen Stimme gab ein ebenbürtiges Gegenstück. Frau Bender-Schäfer und Frau Schabert-Jober vertreteten die weiblichen Hauptrollen.

Dem neuen Werke folgte ein fleißig originelle, lustige und humorvolle Oper „Verliebt“. Wir hören von der Oper in Dresden die vorzüglichste Belegung unter v. Schuchs Leitung einen großen Erfolg errang.

Buntes Feuilleton.

Die Auffindung des ältesten Menschenknochens. Der erste ausführliche Bericht über die bedeutsame Entdeckung in der Umgebung des prähistorischen Altertums so reichen Landes in der Dordogne, die im September dieses Jahres zur Auffindung des ältesten Menschenknochens der Welt führte, wird jetzt auf Grund von Mitteilungen der erfolgreichen Archäologen in der „Illustration“ veröffentlicht. Die Stätte, wo Begrony und Dr. Capitan den Hund nach jahrelangem Fortschreiten und Ausgraben machen konnten, ist ein feil abfallendes Gelände bei La Ferrassie, das in den Urzeiten zahlreiche Grotten enthielt, die allem Anschein nach von den damaligen Menschen als Wohn- und Grabsstätten benutzt

wurden. Im Talau trat später eine Veränderung ein, der die Wasser abfließen, ein Erdsturz bedeckte die Bodenfläche; aus der Zeit des Monstrieren, und in dieser Isolierung hat sich die Schicht, von geologischen Veränderungen unberührt, bis heute erhalten. Das ausgefundene Skelett stammt aus der gleichen Periode, wie der im Februar entdeckte Schädel des Menschen von Chavelle-aux-Bois und sein Alter wird von den Forschern auf 20000 Jahre geschätzt. Capitan schilbert die umständlichen Arbeiten, durch die der kostbare Fund geborgen wurde. Begrony hatte den Abhang von der Seite angegraben und war dabei in der geologischen Schicht des Monstrieren auf die Gebeine gestoßen. Die jüngeren geologischen Schichten wurden mit größter Sorgfalt abgehoben. „Unter entlosten Vorsichtsmassregeln begannen wir dann, bei den unteren Gliedmaßen des Skeletts anzufangen, bis Freilegung der Reste ohne ihre Lage zu verändern. Wir hatten schließlich das ganze Skelett so vor uns, wie die Zeitgenossen des hier Bestatteten den Leichnam gelegt hatten. Er lag auf dem Rücken, den Kopf leicht nach links gewendet, die Beine geschlossen, die Oberextremität über das Becken zurück gekrümmt. Der linke Arm lag längs des Körpers, die Hand etwa in der Höhe der Hüfte; der rechte Arm war aufwärts gekrümmt, die rechte Hand annähernd auf der Höhe der Schulter, während der Kopf nach links gedreht war. Die Knochen sind weit geöffnet. Alle Gebeine des Skeletts, wenn auch hier und dort durch das gewaltige Gewicht der Erdschichten gebrochen, waren an ihrem Blage, die anatomische Verbindung noch ungestört. Nur die Knochen des rechten Fußes und der rechten Hand waren losgelöst, vermutlich durch irgend ein Rostgitter; ein Teil von ihnen ist verschwunden. Nachdem die Lage des Skeletts photographisch fixiert war, wurden zunächst mit größter Vorsicht die einzelnen Glieder geborgen. Am die Beckenknochen nach dann die Schenkel, auf der die Beine ruhten, ausgehoben, die Knochen mit Staniolpapier verhöllt und das ganze in Gips gebettet, sodas schließlich der ganze Block von Gips, Stein und Knochen

Sekonomie, weil entfernt der Zeit voraus zu sein, immer mehr hinter ihr zurückbleibt. Sie arbeitet noch mit einfachen Lupen, wo jene mit feinsten Mikroskopen arbeitet und daher zu sehr viel feineren und zugleich realistischen Analysen kommt als sie. So werden die theoretischen Diskussionen in unserm Lager gerade an der Stelle, wo sie am fruchtbarsten sein sollten, zum Dreck ausgebrochenen Stroh.

Dieser aus der Nähe geschriebenen Charakteristik des Marxismus wird auch von bürgerlicher Seite kaum etwas hinzuzufügen sein. Sie ist erschöpfend.

Deutsches Reich.

— Aenderung der Fernsprechgebührenordnung. Am 19. Nov. tagte in Berlin im Hansa-Bund eine aus allen Kreisen von Deutschlands Gewerbe, Handel und Industrie zusammengesetzte Kommission zur Beratung der geplanten Aenderungen der Fernsprechgebühren-Ordnung. Es wurde einstimmig folgende Aenderung beschlossen: Der Fernsprecher muß ein Werkzeug des täglichen Gebrauchs sein, hat jedoch in Deutschland, im Gegensatz zu anderen Ländern, insbesondere zu Schweden, bei weitem nicht die ihm gebührende Benutzung und Popularität gefunden, und zwar um deswillen, weil seine Benutzung bisher für das Mittel- und Kleingewerbe und das Handwerk, sowie für Beamte und Haushaltungen erheblich zu teuer gewesen ist. Wir erblicken deshalb in der jetzt vorgeschlagenen Verteuerung dieses unentbehrlichen und technisch noch erheblich verbesserungsfähigen Verkehrsmittels eine Maßregel, welche nicht nur jene weiten Kreise der Bevölkerung, sondern auch die Reichspostverwaltung selbst schädigen muß. Wir sind der Ansicht, daß die von dieser Verteuerung erwarteten Ueberschüsse eher durch eine Herabsetzung, als durch eine Erhöhung der Gebühren erzielt werden würden, und daß die dringend nötige Popularisierung des Fernsprechwesens erreicht werden kann durch eine überaus billige Grundtarife und eine sehr mäßige Gesprächsgebühr, die nicht durch Zähler, sondern nach Pauschalgebühren festzustellen wäre und eventuell auch nach Maßgabe der Benutzung gesteuert werden könnte. — Diese Aenderung wird den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden.

— Eine Vennigbiographie. Die Biographie Rudolf von Vennigens, an der Professor Hermann Oden seit Jahren mit emsigem Eifer gearbeitet hat, ist schon im Verlag von Cotta in Stuttgart erschienen. Sie zeigt alle Vorzüge der Oden'schen Darstellung: eine feinsinnige Sprache und einbringendes psychologisches Verständnis. Wir werden auf die bedeutsame Publikation demnächst eingehender zu sprechen kommen.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 5. Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

□ Karlsruhe, 2. Dezbr.

Präsident Rohrbach eröffnet kurz vor 10 Uhr vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Regierungskommissäre.

Der Sekretär verliest folgende eingelassene Petitionen:

1. Der Bewohner der Nordstadt der Stadtgemeinde Offenburg um Herstellung eines Verbindungssteiges für Fußgänger von dem Bahnhof zur Station Offenburg zur Hauptstraße der Stadt Offenburg zwischen der errichteten Ueberführung und dem alten Bahnhofsgebäude während der Dauer der Benutzung des Rothbühnensteiges. (Wird der Budgetkommission überwiesen.)
 2. Der Bezirks Freiburg, Karlsruhe und Mannheim des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter wegen Unterstützung der durch die Erhöhung der Brauersteuer arbeitlos werdenden Brauereiarbeiter. (Wird der Budgetkommission überwiesen.)
 3. Des Revisors Oskar Kormann in Karlsruhe um Regelung seiner Gehaltsverhältnisse. (Wird der Petitionskommission überwiesen.)
 4. Des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins — Zweigverein Freiburg i. B. — um Unterstützung seiner Bestrebungen wegen allgemeiner Einführung der Lateinschrift. (Wird der Petitionskommission überwiesen.)
 5. Des Handels- und Reallehrers S. Hjal in Karlsruhe um eine andere Berechnung seines Einkommensvorschlags. (Wird der Petitionskommission überwiesen.)
 6. Der Witwe des Creditassistenten a. D. Georg Weigner in Ladenburg um Festsetzung ihrer Hinterbliebenen-Bezüge nach den Bestimmungen des Beamtenfürsorgegesetzes. (Wird der Petitionskommission überwiesen.)
 7. Der Vertreter der in Forstheim beschäftigten, aber auswärts wohnenden Arbeiter um Einführung der Arbeiterwochenfabriken mit fünf- und viertägiger Gültigkeit. (Wird der Budgetkommission überwiesen.)
- Abg. Schmidt (Str.) bittet, die den Gehaltstarif betr. Petitionen der Budgetkommission zu überwiesen.
Abg. Kolb (Soz.) widerspricht dem, da die Budgetkommission schon zu sehr belastet sei und die Gefahr bestehe, daß

die Petitionen nicht so gründliche Erledigung finden würden, wie dies in der Petitionskommission der Fall sei.

Abg. Rebmann (Nat.): Da Gefahr bestehe, daß eine Sache zweimal behandelt werden müsse, schließt er sich der Anregung Schmidt an.

Abg. Kopf (Br.) widerspricht dem aber.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schmidt (Str.) und Rebmann (Nat.) werden die Petitionen zum Gehaltstarif der Petitionskommission überwiesen.

Präsident Rohrbach macht von einem Schreiben des Staatsministeriums Mitteilung, das von der Vertretung des erkrankten Finanzminister Dr. Honfoll durch Geh. Rat Göller Kenntnis gibt.

Nach darf wohl den Wunsch anknüpfen, daß der Herr Finanzminister halbwegs von seiner Erkrankung genesen und in voller Kraft wieder an seine Arbeit treten möge.

Provisorische Steuererhebung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Steuererhebung in den Monaten Januar bis mit Juni 1910.

Abg. Rebmann (Nat.) berichtet über den Gesetzentwurf, den die Regierung folgendermaßen begründet:

Um eine Störung im Fortgang des Staatshaushaltes zu vermeiden, ist über den Einzug der direkten und indirekten Steuern in der neuen Staatshaushaltsperiode, der am 1. Jan. 1910 beginnen muß, alsbald die erforderliche Bestimmung zu treffen. In dieser Maßregel wird durch Vorlage des gegenwärtigen Gesetzentwurfs die Mitwirkung der Landstände in Anspruch genommen. In dem Entwurf ist, wie in den letzten Jahren, die Erhebung der Steuern nach den bisherigen Sätzen unter Vorbehalt der Abänderungen durch neue Gesetze von vornherein auf 6 Monate vorgesehen, da auch jetzt wieder mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß das Finanzgesetz nicht vorher zustande kommt. Sollte es doch früher erlassen werden können, so würden durch dasselbe die Bestimmungen dieses vorläufigen Steuergesetzes für die etwa überschüssige Zeit vor dessen Inkrafttreten in Aussicht genommenen Geltungsdauer ersetzt.

Das Gesetz wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht weiterhin der mündliche Bericht über den

Druckvertrag für den Landtag 1909-10.

Abg. Beneden (Dem.) erstattet den Bericht der Geschäftsbearbeitungskommission. Auf das Anschreiben des Archivars hat sich nur die Rubrica A. O. gemeldet, die zur Bewältigung der Druckarbeiten noch 6 weitere Druckerien Karlsruhs hinzuzieht. Nach einem Beschluß des Landtages werden nur tarifreue Druckerien berücksichtigt. Die Ausgaben für 1909/10 sind auf M. 63 000 veranschlagt.

Das Haus stimmt dem Druckvertrag ohne Debatte einstimmig zu.

Schluß der Sitzung halb 11 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag, den 3. Dez., nachm. 4 Uhr.

* * *

Denkschrift über die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

□ Karlsruhe, 2. Dezember.

Finanzminister Dr. Honfoll hat dem Landtage eine Denkschrift über die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse übergeben, die zu folgenden Ergebnissen kommt:

Im Jahre 1908 ist der Reinertrag der Staatsbahnen hinter dem Bedarf für die Verzinsung der Eisenbahnschuld um 28 Millionen Mark zurückgeblieben. Rechnet man hierzu das Tilgungsbedürfnis mit 9 Millionen Mark, so hat sich im ganzen ein Fehlbetrag von 11,8 Millionen ergeben. Im Hinblick auf Artikel 7 des Gesetzes über die Errichtung der Eisenbahnschuldentilgungskasse hat die Regierung für erforderlich, die Frage zu prüfen, wie hoch der Staatszuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungskasse in den nächsten Voranschlagszeiträumen zu bemessen sei.

Zunächst untersucht die Denkschrift, wie der Staatszuschuß seit seinem Bestehen gewirkt hat. Er wird seit dem Jahre 1880 in wechselnder Höhe, die sich zwischen 1,75 und 3,75 Millionen bewegt hat, gewährt. Das Eisenbahnschuldentilgungsgesetz gibt keine Anweisung, wie bei der Bemessung und bei der Einstellung des Staatszuschusses in den Voranschlag zu verfahren ist. Am nächsten hätte es gelegen, den in einem Jahre ermittelten Fehlbetrag in seiner vollen Höhe im darauf folgenden Jahre der Eisenbahnschuldentilgungskasse aus Mitteln der allgemeinen Staatsverwaltung ersetzen zu lassen. Bei den großen Schwankungen, die die Fehlbeträge von Jahr zu Jahr aufzuweisen haben, hätte aber die Bilanzierung des Staatsvoranschlags die größten Schwierigkeiten bereitet. Man hat deshalb vorgezogen, den Staatszuschuß unter Anlehnung an das mutmaßliche Bedürfnis der nächsten Jahre und namentlich unter Berücksichtigung der nach der jeweiligen Finanzlage für diesen Zweck verfügbaren Mittel zu bemessen. Demzufolge ist der Staatszuschuß in den Jahren 1880-1887 auf 1,75 Millionen, in den Jahren 1888 bis 1891 auf 2,75 Millionen, in den Jahren 1892 und 1893 auf 3,75 Millionen, in den Jahren 1894 und 1895 wieder auf 2,75 Mi-

— Englische Soldatenzeitungen. Der künftige Geschichtsschreiber des englischen Journalismus wird den englischen Soldatenzeitungen ein besonderes Kapitel widmen müssen, denn wohl kein Heer der Welt zeigt eine so große journalistische Produktion, wie die Armeesoldatenzeitungen. Allein in England erscheinen nicht weniger als 35 Soldatenzeitungen, die verschiedene Tagesblätter repräsentieren. Am weitesten ist der „Banner“ verbreitet, der freilich nur monatlich einmal erscheint, aber die angelegentlichste Auflage von 5500 Exemplaren auskühlt. Das ganze Blatt wird ausschließlich von Soldaten und Unteroffizieren geschrieben, illustriert und redigiert. Sehr verbreitet ist auch die „Stafford Gazette“ und die „Gloucester and Forest“, das Organ der Warminsterer. „Globe and Banner“ beschäftigt nicht weniger als 2 Redakteure, einen Chefredakteur und einen Administrator. Das interkantonale Organ aber ist die „Nelson News“, die von den Kanonikern des Fort Nelson herausgegeben wird. Es ist die einzige Soldatenzeitung, die für einen Penny das Exemplar verkauft wird; die anderen kosten mindestens 20 Pfennig. Die Nelson News verursacht ihren Schriftleitern übrigens mancherlei Unannehmlichkeiten. Die Redakteure, so wird in den Nummern erzählt, können nicht vorzüglich genug sein, um jeden Verdacht einer beschuldigten oder unbeabsichtigten Gefährdung mit militärischer Disziplin zu erlösen; vor allem aber ist es die persönliche Empfindlichkeit der Verlesenen, die peinlich genau respektiert werden muß. Es ist keine Seltenheit, daß die Ausgabe einer dieser Soldatenzeitungen plötzlich die Anknüpfung bringt: „Die nächste Nummer wird erst veröffentlicht, wenn die Redakteure ihre zwei Monate Arrest abgehört haben, die der Oberleutnant submittiert hat.“ In ärmere Beweismittel greift der Redakteur, wenn er nur einfacher Soldat ist und nun die Ereignisse der Rufe seines Sergeanten und literarischen Gründen zur Verfügung hat. Vor wenigen Monaten erschien in einem der Soldatenblätter eine Federzeichnung, die den Oberst darstellte. Der fröhliche Künstler und Schöpfer dieses Porträts hatte sich nach Kräften bemüht, dem Aussehen, Wesen und Charakter naturgemäß nachzukommen und die besten Absichten fürten seinen Geist. Aber

der Herr Oberst sah in dieser ecklich gewählten Rehnlichkeit eine Karikatur, der schuldige Künstler wanderte in Arrest und die Zeitung ist bis auf weiteres verboten.

— Die Bergwerkskatastrophen auf den Kohlengruben der St. Pauls-Compagny bei Cherry und das ähnlich verlaufene Unglück von Courriere haben in vielen Tageszeitungen eingehende Erörterung gefunden. Die wider Erwartung eingetretene Untergangsbildung noch lebender Personen nach einer Reihe von Tagen der Verschüttung hat Medizinern die Feder in die Hand gedrückt, um über die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers und darüber zu schreiben, wie lange Menschen ohne Nahrung ihr Leben zu fristen vermögen. Die Littenleute haben zu wiederholten Malen alle technischen Neuerungen und Erfindungen durchgesprochen, die das Eintreten von schlagenden Wetter und Explosionen rechtzeitig ankünden und darauf hingewiesen, daß die Zukunft mit ihren fortschreitenden Erfindungen auch diese Aufgabe lösen werde. Vor der Hand ist also die Menschheit gegen derartige Katastrophen nach den Angaben von Sachleuten noch machtlos. Nirgend aber ist bei all den gekürzten Erörterungen und Abhandlungen über die Vermeidung ähnlicher Unglücksfälle daran gedacht worden, daß wir leicht in der Lage sind, derartige Katastrophen durch Lagerung von Probitant an verschiedenen Stellen in den Gruben abzuwehren. Der hochentwickelte Industriezweig der Konjunkturerstellung bietet uns ein Mittel durch Anknüpfung von Konjunkturerzeugnissen an verschiedenen Stellen der Bergwerke verschütteten Bergleuten solange Nahrung zu bieten, bis sie die lebende Hand der Retter erreicht. Dieses vernunftgemäße Vorgehen zur Abwehr von Bergwerkskatastrophen scheint zunächst erforderlich und nützlicher zu sein, als die Betrüfung auf die kommende Hilfe aus den technischen Fortschritten der Zukunft.

Bedarfs zur Folge gehabt hat. Aus dieser Darlegung ergibt sich, daß, wenn die wirkliche Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse erkannt werden soll, man wohl daran tut, lediglich die Fehlbeträge ohne Rücksicht auf die Ueberschüsse ins Auge zu fassen. Wird diese Anschauung als berechtigt anerkannt, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß in dem Zeitraum von 1870—1908 die bewilligten Staatsszuschüsse nicht ausgereicht haben, um die hervorgetretenen Fehlbeträge auszugleichen. Es ist weiter festzustellen, daß in dem gedachten Zeitraum Zinsen im Betrag von 6,4 Millionen und Tilgungsbeträge im Betrag von 60,4 Millionen aus neuen Anleihen bestritten werden mußten. Führt man in Betracht, daß die Gesamttilgung in diesem Zeitraum bis auf 201 Millionen sich belaufen hat, so ergibt sich die unerfreuliche Tatsache, daß rund 30 Prozent der getilgten Beträge aus neuen Anleihen gedeckt worden sind oder anders ausgedrückt, daß die Dauer der Tilgung des Teils der alten Anleihen, der auf den Erlös aus neuen Anleihen vermiesen werden mußte, um 50—60 Jahre verlängert worden ist.

Die Denkschrift sucht dann weiter zu ermitteln, wie sich die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse im nächsten Jahrzehnt (1910—1919) gestalten wird. Natürlich kommt den berechneten Zahlen nur ein bedingter Wert zu, da nicht vorausgesehen werden kann, welchen Grad der Annäherung an die Wirklichkeit diese Ermittlungen erreichen werden. Der reine Schuldstand der Eisenbahnschuldentilgungskasse hat Ende 1908 die ansehnliche Höhe von 491 Millionen erreicht und wird Ende 1909 vermutlich auf etwa 520 Millionen angezogen sein. Da die Tilgung des Anlebens von 1907 erst im Jahre 1916, die des Jahres 1908/09 erst im letzten Jahre des zur Erörterung gestellten Jahrzehntes (1919) beginnt, üben diese beiden Anleihen auf die Gestaltung des Tilgungsbedarfes während des ins Auge gefassten Zeitraumes einen geringeren Einfluß aus. Bemerkenswert ist, daß infolge der bedeutenden Höhe, die die Eisenbahnschuld bereits erreicht hat, der Dienst der vorhandenen Anleihen im Jahre 1910 schon 30,6 Millionen erfordert. Dieser Bedarf steigt in den folgenden Jahren stetig an und beläuft sich im Jahre 1917 auf 32,3 Millionen. Da in diesem Jahre die Güteranleihen und das Lotterianleihen von 1897 getilgt sein werden, tritt in den Jahren 1918 und 1919 eine Ermäßigung des Bedarfs für die alten Anleihen auf 26,5 und 29,1 Millionen ein. Diese Zahlen geben kein erschöpfendes Bild der mutmaßlichen Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse in den Jahren 1916—1919, weil sie die Belastung nicht umfassen, die sich infolge der Begebung neuer Anleihen in dem fraglichen Zeitraum ergeben wird.

Nach einer Schätzung der Generaldirektion ist ein Anwachsen der Eisenbahnschuld auf über 800 Millionen bis zum Ablauf des sechsjährigen Zeitraums in Aussicht zu nehmen. Der Reinertrag wird aber voraussichtlich in steigendem Maße hinter dem Bedarf zurückbleiben und es wäre in den einzelnen Jahren mit Fehlbeträgen, die zwischen 0 und 20 Millionen schwanken, zu rechnen, wenn die vorausgesehenen Ueberschüsse kein Staatsszuschuß geleistet würde. Es ist möglich und zu wünschen, daß eine günstigere Entwicklung eintritt, als nach den zurzeit verwertbaren Zahlen zu erwarten ist. Jedenfalls ist aber damit zu rechnen, daß, wenn man auch die für die nähere Zukunft zu erhoffende Besserung noch so hoch ansetzt, die Dotation gegenüber dem Bedarf erhebliche Fehlbeträge aufweisen wird, für deren Beseitigung gesorgt werden muß. Der Staatsszuschuß kann nicht entbehrt werden und er müßte nach dem von der Generaldirektion schätzungsweise berechneten Bedarf auf etwa 10—12 Millionen jährlich bemessen werden, wenn die während des betreffenden Jahrzehntes entstehenden Fehlbeträge ausgeglichen werden sollten. Es ist aber nicht ausführbar, den Haushalt der allgemeinen Staatsverwaltung bei der gegenwärtigen Finanzlage mit einem so hohen Betrage zu belasten. Lediglich diese Ermägung nötigt dazu, bei der Bemessung des in den nächsten Jahren zu leistenden Staatsszuschusses erheblich unter dem voraussichtlichen Bedarf zu bleiben und es erscheint ratsam, in Aussicht zu nehmen, daß der Staatsszuschuß auf 4 Millionen festgesetzt werde, wobei vorbehalten bleiben müßte, ihn, sobald die Finanzlage dies irgend gestattet, durch entsprechende Ermägung dem vorläufigen Bedarf anzupassen. Im Falle der Ermägung eines Staatsszuschusses von 4 Millionen würde die Eisenbahnschuld bis zum Ende des Jahres 1919 auf 760 Millionen angewachsen sein und es würden trotz des Staatsszuschusses alljährlich noch Fehlbeträge in der Höhe von 5,5—14,8 Millionen ungedeckt bleiben. So erklärt denn die Denkschrift, daß der Betrag von 4 Millionen das Mindestmaß darstellt, das zur Vermeidung der Gefahr der Verschlechterung der Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse einigermäßen entgegengewirkt werden soll.

Da trotz des Bestehens des Staatsszuschusses in seiner bisherigen Größe nicht verhütet werden konnte, daß die Tilgung zum Teil mit Hilfe neuer Anleihen bewerkstelligt werden mußte, hat sich die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse immer mehr verschlechtert und sie droht in dem nächsten Jahrzehnt noch ungünstiger zu werden. Soll diesem Entwicklungsgang Einhalt geboten werden, so muß dem raschen Anwachsen der Eisenbahnschuld gesteuert werden. Dies hat sich in der Vergangenheit als möglich erwiesen. In den Jahren 1879—1899, also 21 Jahre lang, hat sich die Eisenbahnschuld mit Schwankungen nach oben und unten (zwischen 324 bis 334 Millionen) auf einer mittleren Höhe von 330 Millionen gehalten und es war in diesem Zeitraum in 11 Jahren tünlich, eine, wenn auch in bescheidenen Grenzen sich bewegende, wirkliche Verminderung der Eisenbahnschuld herbeizuführen. Die starke Zunahme der Eisenbahnschuld seit mit dem Jahre 1900 ein; sie hat in den Jahren 1900—1908 im ganzen die Summe von 158 Millionen erreicht, also durchschnittlich in jedem dieser 9 Jahre sich auf 17,5 Millionen berechnet. Infolge dieses raschen und gewaltigen Anwachsens der Eisenbahnschuld nimmt der Dienst der vorhandenen Anleihen in den nächsten Jahren schon so beträchtliche Summen in Anspruch, daß der Reinertrag der Staatseisenbahnen dauernd 10—12 Millionen im Jahr ausmachen müßte, wenn nur die bestehende Schuld verzinst und getilgt werden sollte. Ob es in den nächsten Jahren gelingen wird, die Reinerträge der Eisenbahnverwaltung in dem erforderlichen Maße zu steigern, muß abgewartet werden. Dabei ist nicht zu übersehen, daß der besseren Gestaltung des Reinertrages gewisse Grenzen gezogen sind durch die namhafte Erhöhung der Gehälter der Beamten und der Löhne der Arbeiter, den kostspieligen Bahnhofsmodernisierungen und die Unterhaltung der neuen Anlagen. Endlich sind neue Bahnlizenzen genehmigt, die, wenn sie zur Ausführung kommen, zur Vergrößerung und Tilgung des angewandten Anlagekapitals überhaupt nicht beizutragen vermögen, vielmehr nicht einmal die Kosten des laufenden Betriebs vollständig aufbringen werden.

Die Denkschrift kommt zu folgendem Schluß: Nach den gegebenen Darlegungen ist nicht zu verkennen, daß die derzeitige Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse recht ungünstig ist und daß die Befürchtung, sie werde sich noch weiter verschlechtern, wohl

begründet erscheint. Als nächstes Mittel der Abwehr bietet sich die Erhöhung des Staatsszuschusses; sie wird mindestens in dem oben erörterten Maße vorgenommen werden müssen. Durch dieses Mittel allein wird aber die Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse nicht nachhaltig verbessert werden können. Als weitere wichtige Maßregel wird hinzutreten müssen, daß dem Anwachsen der Eisenbahnschuld nachdrücklich entgegenge wirkt wird. Man wird sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß in dem gleichen Umfang, wie dies in den Jahren 1900 bis 1908 der Fall war, die Eisenbahnschuld auf einen längeren Zeitraum sich nicht wird erhöhen lassen, und daß es die Leistungsfähigkeit des badischen Staates wohl übersteigen würde, wenn er die Lasten, die aus einer länger andauernden Zunahme der Eisenbahnschuld in dem in den letzten 9 Jahren zu beobachtenden Maße sich ergeben, auf sich nehmen müßte. Man wird sich vor Augen halten müssen, daß jede weitere Zunahme der Eisenbahnschuld eine unmittelbare Belastung der Steuerzahler bedeutet, und es wird deshalb die größte Zurückhaltung in der Bewilligung der aus Anleihen zu bestreitenden Ausgaben während einer längeren Zeitdauer nicht zu umgehen sein. Welche Grundzüge in der Föhrung des Staatshaushalts streng beobachtet werden müssen, wenn das Staatsschuldenwesen nicht zu einer Gefahr für den Staat werden soll, ist schon in der Regierungsbegründung zum Eisenbahnschuldentilgungsgesetz von 1842 scharf und bündig ausgesprochen worden.

„Alle Schuldentilgungspläne sind leere Worte, alle Schuldentilgungsklassen täuschende Institute, wenn eine feste Ordnung für die Föhrung des gewöhnlichen Staatshaushalts fehlt; wenn nicht dadurch verhindert wird, daß immer neue Schulden an die Stelle der alten treten, wenn nicht mit Ernst darauf gehalten wird, daß die ordentlichen Ausgaben innerhalb der Grenzen der ordentlichen Einnahmen, die außerordentlichen — die so wenig wie die ordentlichen zu umgehen sind — innerhalb der Grenzen der Vertriebsfondsüberschüsse bleiben.“ Ob die empfohlenen Mittel zu dem erstrebten Ziel der Herstellung und dauernden Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnschuldentilgungskasse führen werden, wird wesentlich davon abhängen, mit welchem Maß von Nachdruck und Nachhaltigkeit sie zur Anwendung gelangen. Daß die als notwendig bezeichnete Gestaltung des Staatsszuschusses eine starke Rückwirkung auf den allgemeinen Staatshaushalt ausüben muß, soll bei der gegenwärtigen Erörterung, die sich lediglich mit der Lage der Eisenbahnschuldentilgungskasse befaßt, nur angedeutet werden.

★ ★ ★ Anträge. ★ ★ ★

[] Karlsruhe, 2. Dez. (Von unserm Karlsruher Bureau.) Von den Konserwativen sind folgende Anträge eingegangen: 1. Die Zweite Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, einen Geschenkwurf vorzulegen, wonach die jetzt bestehende Warenhaussteuer wesentlich erhöht wird. 2. Die Zweite Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, im Bundesrat für Einführung einer Nährstoffssteuer zu wirken. 3. Die Zweite Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die den Gemeinden durch die Kurpfadensabföhrung entstehenden Kosten auf das Reich übernommen werden.

Von den Liberalen Parteien wurde folgender Antrag zum Föhrungswesen eingebracht: Die Unterzeichneten stellen den Antrag: Großh. Regierung wolle bei Einführung des Reichsgesetzes über die Maß- und Gewichtsordnung dafür Sorge tragen, daß in den ländlichen, insbesondere in den weinbauvertriebenen Gemeinden die bisherigen Fuöhrer und deren Befugnisse beibehalten und daß die Bestimmungen über die Neuanschaffung von Weigeräten und Einrichtungen in möglichst schonender Weise gehandhabt werden.

★ ★ ★ Administrationskredite. ★ ★ ★

[] Karlsruhe, 2. Dez. (Von uns. Karlsru. Bureau.) Der zweiten Kammer ging das Verzeichnis der in den Jahren 1908 und 1909 erteilten Administrationskredite nebst Begründung zu. Hiernach sind folgende Administrationskredite verfügt worden: 1. Für den außerordentlichen Etat. A) Allgemeine Staatsverwaltung. Erwerb des Grundstückes für den Amtsgerichtsbau in Donaueschingen M. 40 000. Neubau eines Amtsgerichts in Donaueschingen M. 190 000. Weiterföhrung des Neubaus des Landesgefängnisses in Mannheim M. 345 000. Weiterföhrung des Neubaus eines Stollengebäudes in Freiburg M. 500 000. Weiterföhrung des Gymnasiums-Neubaus in Konstanz M. 185 000. Verufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 M. 45 000. Betrieb der Farenzustellungen M. 42 000. Entwässerung des Bangrundes für die Feil- und Viegeantial bei Konstanz M. 34 000. Verufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 M. 70 000. Wiederaufbau des abgebrannten Finanzamtgebäudes in Donaueschingen M. 56 500. Instandsetzung einer Wohnung im Hauptsteueramtgebäude in Rorsch als Dienstwohnung für den Hauptamtsvorstand M. 12 400. B) Eisenbahnverwaltung. Umbau des Bahnhofs Offenburg. 7. Teilerforderung M. 2 500 000. Umbau des Bahnhofs Rodolfzell. 4. Teilerforderung M. 650 000. 2. Für den ordentlichen Etat. Neubau des evangelischen Pfarrhauses in Speik M. 36 500. Im Ganzen mithin 4 706 400 Mark Administrationskredite.

★ ★ ★ Badische Politik. ★ ★ ★

Der Answand für die Gewerbeöchulen. [] Karlsruhe, 1. Dez. (Korr.) Seit einigen Jahren schweben zwischen der Großh. Regierung und den Städten der Städteordnung Verhandlungen, um dem Maß der leibereitigen Leistungen zu dem Answand für die Gewerbeöchulen eine andere Grundlage zu geben. Anlaß hierzu bot das in den letzten Jahren durch den Answand der Gewerbeöchulen und die Ordnung der Ueber- und Vertretungsstunden hervorgerufene verwickelte Abrechnungsverhältnis zwischen dem Staat und den größeren Städten. Nach den bisher geltenden, vertraglich festgelegten Grundregeln hatte sich die Staatskasse lediglich an dem Answand für die eintägigen Lehrer zu beteiligen, während die Gemeinden die Vergütungen für das gesamte nichtetatmäßige Personal, sowie den indischen Answand für die Gewerbeöchulen zu tragen hatten. Daneben standen noch besondere Abmachungen über die Teilung der Kosten für Ueber- und Vertretungsstunden, für Erteilung von Pflichtunterricht durch Nebenlehrer und für bessere Anrte, wobei die jübrlichen Abrechnungen immer verwickelter und unübersichtlicher wurden und Anlaß zu Streitfragen und weitgehenden Schreibern gaben. Bei den Verhandlungen herrschte beiderseits Uebereinstimmung darüber, daß die erstrebte Neurege-

lung der Leistungen weniger zur wesentlichen Verschöberung der Kostenanteile föhren sollte, als vielmehr die Aufstellung einer ein facheren, klareren und darum leichter zu handhabenden Norm; daß das gegenseitige Leistungsverhältnis zum Zweck haben müsse. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen soll sich der Staat vom 1. Januar 1910 ab an dem gesamten pörsönlichen Answand der Gewerbeöchulen der Städteordnungsstädte mit 5 Prozent dieses durch die Schulgelber nicht gedeckten Aufwandes beteiligen, wogegen die restlichen 45 Prozent der Gemeinde, neben der Beseitigung des vollen sachlichen Aufwandes für die Schul zur Last fallen.

Aus Stadt und Land.

Manheim, 2. Dezember 1909. Beriefte wurde Notar Franz Udry in Langenfelde in den Amtsgerichtsbezirk Engen unter Zuweisung des Notariats Tengen, Altkar Karl Ziegler beim Amtsgericht Schönon zum Amtsgericht Donaueschingen, Altkar Karl Walmer beim Notariat Oberkirch zum Notariat Karlsruhe, §§ 1 bis 3, 8, der technische Assistent Andreas Weimer bei der technischen Revision des Finanzministeriums zur Bezirksschulinspektion Offenburg und der technische Assistent Wilhelm Wrig bei der Bezirksschulinspektion Offenburg zur technischen Revision des Finanzministeriums. Die Bernhard Kahn-Lesehalle des Vereins für Volksbildung (Gde Mittel- und Vorpingstraße, Notarstadt), deren Erhaltung jedermann völlig frei zusteht, war im Monat November von 4002 (3751) Erwachsenen und 1498 (1518) Schöler, in alle von 5500 (5296) Personen besucht. Der über 9000 Bände fassenden Bibliothek, darunter 500 englische und 150 französische Werke, wurden an 8 (7) Abenden 298 (1704) Bücher entnommen, davon 109 (90) an neue Leser. In den Stammbüchern stehen die entsprechenden Ziffern des Vorjahres. Volksbibliothek. Im September, Oktober und November wurden aus der hiesigen Volksbibliothek 39100 Bücher und Lose entliehen, wodurch im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahres ein Mehr von 3255 Bänden erzielt wurde. Die Inanspruchnahme ist eine stetig steigende; die Räume sind immer noch dieselben, da man an zühändiger Stelle seit 10 Jahren über das Föhlen zur Beschaffung geeigneter Arbeits- und Lesesäle nicht hinausgekommen ist. Mit welchem Bedauern, welchem Warten ist das Entleihen eines guten Buches aus der hiesigen Volksbibliothek seit Jahren gar oft verbunden! Wie schön und bequem haben es dagegen diejenigen, welche in der Stadt, Halle am Friedrichsplatz Kunstwerke oder die im Stadtmuseum ausgestellt sind, sich ausleihen können. Dem Bericht über das Weihnachtsfestspiel „Christoph“, welches gestern so ergreifend im Saal der Eng. Stadtbibliothek gespielt wurde, ist noch folgendes Nachzutragen: Die beteiligten Engel waren meistens Schölerinnen hiesiger höherer Lehranstalten und zwar Hof. Wilma Perrer, Christiane Michner, Marg. Engelhardt, Elfride Endlich, Annela Wenzel, Gisela Fender, Marianne Bauer und Helene Wulf. Die vier kleinsten Engeln entliehen sich ihrer Aufgabe mit viel Grazie. Das gestorbene Töchterchen „Nadchen“ spielte die Hölle, Schölerin Maria Besser mit ergreifender Hingabe und tiefem Gemüt. Als die entscheidende Engelsgruppe, in deren Mittelpunkt das verstorbene Nöcklein herabschaute, sichtbar wurde, röhnte unter der vorstrebenden Leitung von Hof. Weigert, die Jungen von hellen, frohen Kinderstimmen des Kinderchor der Trinitatiskirche, die schöne Christboischaft: „Chre sei Gott in der Höh“.

Die Mannheimer Werkstätten, Friedrichsplatz 10, erfassen immer neue Reichhaltigkeit. Es wurde bereits dem kunstfertigen und kunstfertigen Publikum eine Auswahl neuerer Kunstwerke von Mannheimern vorgeführt, und man mag sagen, es sind hier auf dem Boden reichhaltiger Freileistung und originelle Arbeiten zusammengedröht worden, die es wohl verdienen, daß die Mannheimer dem noch jungen Unternehmen ihre Aufmerksamkeit in ausgedehntem Maße zuzuwenden. Man findet hier Gemälde von Schindler, Morano, Jordan, Rabold, Bischoff, Feitel, Rohmeyer, Kuh u. a., ferner eine reiche Zahl bildlicher Zeichnungen, kunstgewerblicher Entwürfe, ein modernes Tischpapier, Filzerei, und vor allem kunstgerecht ausgestaltete in Handverfertigung und Bergemontmalerei von den Mannheimer Werkstätten. Auch die geizigen Wöhlen aus dem Atelier Hermann Taglang, die eigenartigen Metallarbeiten von Weidlich Ledoch und Gabriele Sagan, die Keramiken von K. Leisch und Franz Duth werden viele Liebhaber finden.

Ein Unfall an der Schranke der preußisch-badischen Eisenbahn an der Seidenheimer Straße. Dem seinerzeit gemachten Unfall an der Barriere, welcher einen erheblichen Sachschaden verursachte, ging einige Zeit vorher ein Unfall an derselben Stelle voraus, der glücklicherweise von weniger erheblichen Folgen begleitet war. In beiden Fällen war die Schranke nicht geschlossen. Der erste Unfall fand gestern sein verwickeltes Nachspiel vor dem Schöffengericht, wo sich der Schrankensührer Georg Schmitt aus Großschöheim wegen Transportverletzung zu verantworten hatte. Der Fuhrmann Georg Ritter passierte am 23. September mit einer Ladung Halber von Mannheim nach Heidelberg fahrend den Föhrungsübergang, als eine Lokomotive vorüberfuhr und dem Wagen den Unterföhrer wegriss. An dem Wagen wurde die Lokomotive abgehoben, ein Radfahrer namens Holmer, der gleichfalls eben den Föhrungsübergang passieren wollte, konnte sich noch im letzten Moment in Sicherheit bringen. Dieser beschloß in der Verhandlung, daß der Mann auf seinem Wagen nicht geschlafen habe. Der Fuhrmann brachte in der Verhandlung zu seiner Entschuldigung vor, daß Lokomotive, welches das Herannahen des Zuges veränderte, habe seinen und die Fuhrmänner pflegen sich gewöhnlich mit dem Schließen der Barriere der Barriere zuwenden, nur nach dem Eintreffen, nicht nach dem Abgang des Zuges zu richten. Er sei gerade mit der Zubereitung des Mittagessens in seiner Lode beschäftigt gewesen. Zudem konnte die Lokomotive selten zur schlußmännigen Zeit. Der Angeklagte macht einen äußerst kümmerlichen und düstigen Eindruck. Er hat in Großschöheim Frau und 2 Kinder zu ernähren bei dem jährlichen Verdienst von 3 M. 40 Pf., dabei ist der Mann nicht einmal angestellt. Der Fuhrmeister Weidner behauptet die Aussage des Schrankensührers von dem Vergehen des Fuhrmanns und will dem Mann das beste Zeugnis aus. Der Vorsitzende findet es merkwürdig, daß weder der Radfahrer noch der Fuhrmann etwas von dem Herannahen der Lokomotive wußten, obgleich an der beteiligten Stelle die Eisenbahnstraße auf mindestens einen Kilometer übersehen werden kann. In Anbetracht, daß auch der Fuhrmann nicht von einer gewissen Kraftlosigkeit freigesprochen ist, verurteilt das Gericht den Angeklagten nur zu einer Ordnungsbüße von 5 Mark.

Ein dreiföhrer Kautionsöwindler hat gestern einen hiesigen Handwerker um die Summe von annähernd 1000 M. gepörrt. Er ludte in einem hiesigen Wirtshaus, Kautionsöwindler, Handwerker und trat sich ins Fremdenbuch des erstklassigen Hotels, in dem er abgeblieben war, unter dem Namen K. Hellmann, Antwerpen, ein. Dem Handwerker gegenüber, welcher persönlich bei ihm vorstank, gab er sich als Bankdirektor aus. Der vertrauensvolle Mann wöndigte auf die Zusage der Stelle dem Öwindler, denn nur um eines solchen handelte es sich, sein Sparkassenbuch in Höhe von 1000 M.

aus. Von diesem Sparkastenbuch hat der Geometer 960 R. erhoben und ist seitdem verstorben.

Unfall. Im Stahlwerk Mannheim im Rheinaufhafen wurden Dienstag abend einem verheirateten Arbeiter 3 Fehen abgedrückt und der Fuß zerquetscht.

Gefangen ist der mit einer Ladung Holz im Anzuge des Schraubendampfers „Jusitia“ talwärts fahrende Schlepplahn „Max“ bei Niederheimbach. Der mit seiner Ladung von Karlsruhe nach Holland bestimmte Kahn hatte im Ringeloch Bedage erhalten und trotzdem seine Reise fortgesetzt.

Am Kaufe um gesunde Nerven lautet das Thema eines im morgigen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Centralhalle, D 2, 16, stattfindenden Vortrages. Leider sind wenige Kreise mit dem Wesen der Acoustik, ihrer Entstehung und Verbreitung etc. noch nicht genügend vertraut.

Fahrrad- und Hunddiebstahl. Am 23. November verfuhrte der vollständig mittellose Tagelöhner Wilhelm Schlegel aus Rogheim (Frankenthal) in dem Fahrradgeschäfte von Karl Weiser in Mannheim, Gr. Balkhofstraße 59, das unten näher beschriebene Fahrrad zu verkaufen, über dessen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte und das ohne Zweifel von einem Diebstahl her-ührt.

Schlager hat das Rad einige Wochen bei seinem Bruder Philipp Schlegel in Badenheim stehen, bis er es am 22. Nov. 98, Jä. von diesem wieder holte, um es in Mannheim zu verkaufen. Der Beschuldigte gibt an, er habe das Rad vor 4-5 Wochen von einem Unbekannten, dem er 25 Mark geliehen habe, am Hauptbahnhof in Worms erhalten.

Dieser Unbekannte gibt er als einen kräftig gebauten Mann von 36 bis 37 Jahren, 1.70 Meter groß mit blondem Haar und blondem Schnurrbart. Er sei bekleidet gewesen mit schwarzer Hose, grünlichem Rock und ebenfallser Weste und hellgrünem Hut aber ohne Krage und Schlips.

Der Unbekannte habe erklärt, er ödre nach Alzen, um dort Arbeit zu suchen. Das anscheinend noch sehr wenig benutzte Rad hat schwarzen Rahmenbau, Kelgen und Schwelbleche, Freilauf mit Niedertrittbremse, gelben Leberstiel, etwas aufwärts gebogene Lenkstange mit Vorstößen, Handbremse und Handbremse.

Die Worte des Rades ist nicht mehr ersichtlich, die Fabriknummer ist 20.042. Es wird um kleinväge sachdienliche Mitteilung ersucht. — Am 22. November, nachmittags 2 Uhr, kamen zwei junge Leute einem Hundehändler am Sophienweg einen 3 bis 4 Jahre alten, männlichen Borderhund von gelber Farbe mit weißen Streifen — und vollständig weißen Vorder- und Hinterfüßen zum Kauf an.

Der Hunder ist von dem Hundehändler vorführschaltbar zurückgehalten wurde. Der Eigentümer möge sich baldmöglichst bei der Kriminalpolizei melden.

Aus Ludwigshafen. Der 39 Jahre alte verheiratete Hagenwäcker Albert Seidel aus Schiltach i. Elsaß geriet gestern abend im Wiesigen Hauptbahnhof beim Ankopeln zweier Eisenbahnwagen zwischen die Büffel. Hierbei wurden ihm zwei Rippen eingedrückt. Der Verunglückte mußte schwer verletzt ins Städt. Krankenhaus über-führt werden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Hardeburg, 2. Dez. Heute früh halb 4 Uhr brannte die Karl-Wedersche Sägemühle nebst dem Elektrizitätswerk vollständig nieder. Holzschuppen, Stallung und Wohnung sind ganz zerstört. Es stehen nur noch die Umfassungs-mauern. Das Feuer entstand im Holzschuppen des Sägewerks, an dessen vier Ecken fast zu gleicher Zeit die Flammen herausdröhlen. Das Elektrizitätswerk diente in erster Linie zu Kraftzwecken für das Sägewerk und gehörte Westfalis Bedar, aber auch die Ort-beleuchtung wurde von der elektrischen Anlage befestigt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 60-70.000 Mark.

Von Tag zu Tag.

Verwerfliche Mißhandlungen. Ab Eiberfeld, 1. Dez. Verwerfliche Mißhandlungen ganz eigener Art, deren Veranlassung auf bögerarteter erotischer Veranlogung zurückzuführen ist, haben den 43 Jahre alten Schuhmacher Peter Dörrhans vor das hiesige Schwurgericht gebracht. Der Angeklagte wurde beschuldigt, seine eigene Ehefrau so schwer mißhandelt zu haben, daß der Tod eintrat, und zwar sollen die Mißhandlungen 7 Jahre gedauert haben, ohne daß die Frau den Schutz des Gerichts in Anspruch nahm. Das Treiben des Angeklagten konnte natürlich in der Nachbarschaft nicht verborgen bleiben. Die Frau suchte aber ihren Mann immer wieder zu entschuldigen. Im Dezember v. J. starb die Frau plötzlich und zwar wie sich bei der Section herausstellte, infolge eines Hinterkopfs in das Gehirn. Außerdem wurde dabei festgestellt, daß der Körper der unglücklichen Frau keine einzige gesunde Stelle mehr anwies. Die medizinischen Sachverständigen erklärten es als ein Wunder, daß die Frau trotz der Mißhandlung überhaupt so lange gelebt habe. Neugierig des Verfaßzustandes des Angeklagten erging das Sachverständigen-urteil dahin, daß dieser zwar verwerflich veranlogt, daß ein Straf-urteil aus Verweigerung aber nicht vorhanden sei. Der Staatsanwalt plädierte unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Ange-klagte in geschichtlicher Beziehung anormal sei, auf zwölf Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte gemäß diesem Antrage auf 12 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die Verhandlung fand wegen Verjährung der öffentlichen Stillschaltung hinter ver-schlossenen Türen statt.

Verhaftung eines Mörders. Koblenz, 2. Dez. Der Arbeiter Bengel, der im Raubarort Heßelheim seine Frau erschlagen hat, wurde bei Obern a. d. Mosel verhaftet.

Schweres Bauunglück. Alfeld, 2. Dez. Heute früh kurz vor Mitternacht ein großes Fabrikgebäude der neu-gegründeten Norddeutschen Steingrubenwerke im Raufschiedes-Daunigen das gesamte Volkswerk zusammen. Durch die Gewalt des Sturzes wurden auch die eiserne Träger mit fortgerissen und sämtlich zertrümmert. 2 Personen wurden getötet, 8 Schwere und 8 Leicht Verletzte. Das Unglück wurde wahrscheinlich durch das Nachgeben der Aufbaumauer verursacht.

Selbstmord geblieben. Kybnitz, 2. Dez. Gestern abend wurden aus einem von Rattbor nach hier abgegangenen Postwagen Selbstmord mit 2300 R. Inhalt gestohlen. Als Täter wurde der Postgehilfe Gola und der Maurer Mucha ermittelt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Landau (Pfalz), 2. Dez. Aus einem Eisenbahnzug stürzte bei Weiskirchen infolge zu frühem Leffnehmens der Abteilungsleiter der Gutsbesitzer Gutting von Eingenfeld und erlitt einen doppelten Schädelbruch, dem er bald darauf erlag.

Reg., 2. Nov. An der Wallonhalle in Frascati, welche die 3 Denkkolonn S. 1, N. 2 und P. 1 birgt, wurde heute nacht an der Nordseite das Dach abgerissen und nach der anderen Seite heruntergeschleudert. Durch das 10 Quadratmeter große Loch drang der Wind in die Halle, richtete jedoch keinen Schaden an, da die Kolonn entleert resp. auseinandergenommen sind.

München, 2. Dez. Eine jungliberale Versammlung hat gestern abend nach einem Referat des Rechtsanwalts Kohl und einer kurzen Debatte eine Resolution angenommen, in der die liberale Fraktion in Uebereinstimmung mit den letzten Kundgebungen der liberalen Presse und zahlreicher liberaler Vereine des Landes aufgefordert wird, dem Umlagegesetz die Zustimmung zu verweigern und gegen die den Minoritätspartei zugesagte Vergewaltigung einheitlich zu protestieren. (Frankf. Zig.)

Berlin, 2. Dez. Die neue Fernspreckgebührenordnung, die in der vorigen Session des Reichstags un-erledigt geblieben ist, ist dem Reichstag wieder unverändert zugegangen. Sie soll am 1. April 1911 in Kraft treten.

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

Wien, 2. Dez. Das Abgeordnetenhaus lehnte die Tringlichkeit aller zur Verhandlung stehenden Anträge betreffend die Minoritätsschulen ab.

Paris, 2. Dez. Die Kräftigung Björnsons hat H. „Left. Zig.“ lautet angenommen, daß die Kräfte einen Aufenthalt im Süden in Erwägung ziehen.

Karlsruhe, 2. Dez. Seitens der lgl. kgl. Reichs-Regierung und der groß. bad. Regierung ist in den nächsten Tagen eine Denkschrift zur Frage der Schiffahrtsabgaben in Aussicht.

Darmstadt, 2. Dez. Die zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Die Artikel 7 und 8 bis 15, die von der Wählbarkeit der Abgeordneten handeln, wurden nach dem Antrag des Ausschusses angenommen, ebenso die Artikel 16-18 ohne Debatte. In Artikel 19 hatte der Ausschuss beantragt, die Abgeordneten für die 6 großen Städte nach dem Proporzionalwahlsystem vorzunehmen, der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch ein Antrag Dmann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage wurde angenommen. Art. 20 betr. die Zahl der Abgeordneten für die Landbezirke wurde angenommen, ebenso Art. 21-24; ohne Debatte wurde ebenso Art. 25-32 angenom-men, während Art. 26, der die Aufstellung der Wählerlisten betrifft, an den Gesetzgebungsausschuß zurückverwiesen wurde.

Friedrichshafen, 2. Dez. Die Zeppelin-Gesellschaft teilt uns mit: Wie wir aus Zeitungsmeldungen und aus Vorfällen, die an uns ergangen sind, ersehen wird, an zahlreiche Stadtgemeinden, insbesondere Thüringens, Sachsen und Böhmens das Eruchen gerichtet, hier Terrains für die Errichtung von Luftschiffhallen oder für Landungs-plätze von Luftschiffen zur Verfügung zu stellen. Das hat vielfach zu der Verweigerung Anlaß gegeben, als ob die firtz-lieh in Frankfurt a. M. mit 3 Millionen Mark Kapital ge-gründete deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft hinter diesen Plänen liege. Das ist nicht richtig. Die deutsche Luftschiff-ahrts-Aktiengesellschaft bekränkt sich bekanntlich auf den Bau einer Halle in Baden-Baden. Ueber die Absichten und die ver-fügbaren Mittel der ganz ähnlich sich nennenden nach Voll-ziehung der Frankfurter Gründung besonders lebhaft vor-gehenden deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft G. m. b. H. in Dresden ist uns nichts näheres bekannt.

Dresden, 2. Dez. Eine so erregte Sitzung wie heute hat die 2. Kammer noch nicht erlebt. Es kam zu Lärmereien, die in unserem bisher so ruhigen Parlament ohne Vorgänger sind. Die Ursache war die mindestens eigenartige Weise, in der sich der Finanzminister Dr. Müller gegen die Linke auszu-brücken liebte. Er nahm gleich zu Beginn der Sitzung indig-niert über die bisherigen Stadtverhandlungen das Wort und begann mit der Bemerkung, daß man mehrfach eine liberale Re-gierung geipelt habe. Dann fragte der Minister: „Was ist eigentlich liberal? Ich habe schon öfters diese Frage gestellt und man hat sie mir nur mit hohlen Redensarten beantwortet.“ (Proletenruf auf der linken). Der Minister hat aus der Debatte der letzten Tage den Wunsch herausgehört, daß diese Regierung einer andern Platz machen müsse. Erste Einwände gegen seine Finanzverwaltung, so führte er aus, seien ihm nicht gemacht worden, man habe nur allgemeine Verhauptungen und Bredeln vorgebracht, mit denen in der Politik nicht gedient sei. Hier brauch ein ungeheurer Sturm bei der bürgerlichen Lin-ke los, in dem die folgenden Worte des Ministers unter-gingen. Der freisinnige Abg. Günther rief: „Dann bringen Sie auch Protest vor.“ Was den Reiben der Rationalliberalen und Freisinnigen kommen erregte Rufe: Sehr richtig! Unerhört! Thron! Unglaublich! Zurücknehmen! Der Minister bittet den Präsidenten Dr. Vogel, ihn gegen deraartige verlebende Rufe in Schutz zu nehmen und ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident: „Ich bitte den Herrn Minister ruhig anzuhören, wie ich auch kein Mittel habe, solche Ausdrücke zu verhindern. Hier sollen keine Worte, die verlehen können. Von den Parteien der Rationallibe-ralen und Freisinnigen kommen Rufe: Auch von dem Minister-sich sollten deraartige Worte nicht fallen. Wir verbiten uns der-artige Ausdrücke! Zurücknehmen! Die Sozialdemokraten rufen: „Wurde wieder Wurde!“ Der Lärm dauert an. Auf den beiden Ministerbänken haben sich die anwesenden anderen Minis-ter und zahlreiche Beisitzer erhoben. Die weiteren Ansäu-erungen des Finanzministers und auch die unmittelbar folgende Statrede des freisinnigen Abg. Dr. Roth finden in dem er-regten Hause wenig Beachtung. (Frk. Zig.)

das Vertrauen auf die Fortdauer des Dreibundes ausge-sprochen hat, sei in Italien mit herzlicher Benugung auf-genommen worden. Italien sei dem Kaiser und seiner Re-gierung dankbar dafür, ebenso den Volksvertretern für die sympathische Kundgebung. Die Worte des Kaisers seien umlo oportuner, als man in den oberflächlichen Polemiken hat glauben möchen wollen, der Besuch des russischen Kaisers in Rononigi könne der Ausgangspunkt einer neuen Orientierung der auswärtigen Politik Italiens werden. Die Auslassungen irgend eines irreidentifischen Blattes könnten jedoch Italien von dem freiwillig geschlossenen und mehrermale erneuten Bündnis nicht losrennen.

Die innere Krisis in Großbritannien. London, 2. Dez. Der Vorsitzende des Geheimen Rates und der Lord-Schreibensbegleiter begaben sich heute vormittag nach Sandringham, wo der König wegen der Verzögerung des Parlaments einen Ministerrat abhalten wird.

Der Bruch zwischen der Union und Nicaragua. Washington, 2. Dez. In dem Begleitsschreiben, welches dem Geschäftsträger von Nicaragua mit seinen Raffen zugestellt wurde, führt Staatssekretär Knox aus, Zelaya habe seit dem Washingtoner Uebereinkommen vom Jahre 1907 ständig Zentralamerika in Unruhe versetzt und den guten Namen einer Regierung besetzt. Knox erkennt an, daß die Revolution der Ausdruck der Bevölkerung von Nicaragua sei, erklärt aber, im übrigen seien beide Parteien verantwortlich für die Handlungen, welche die Interessen Amerikas berühren.

New York, 2. Dez. (Tel.) Das Staatsdepartement in Washington hat den Geschäftsträger von Nicaragua zurückge-schickt. Damit haben die Vereinigten Staaten dem Präsidenten Zelaya den Krieg erklärt.

Die Nationalliberalen und das Reichs-tagspräsidium.

Zum Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion, den zweiten Vizepräsidenten abzulehnen, schreibt die „S. I. N.“ in einem Berliner Telegramm:

Bei den Parteifreunden im Reich laßt die nationalliberale Fraktion voller Zustimmung zu ihrer Stellungnahme und ihrer glänzenden Einheitsstimmigkeit sich hören. Diese Einmütigkeit ist die Frucht der erschöpfenden Aussprache, vor allem aber der Art, in der sie stattfand und an Ruhe, Sachlichkeit, Gelindigkeit und Ziel-sicherheit nichts zu wünschen übrig ließ. Nachden die national-liberale Partei dergestalt, wie es in den letzten Monaten geschehen, im schwersten politischen Kampf gegen die Mehrheit gestanden, die heute dem Reichstag das Präsidium gibt, wäre ein anderer Beschluß als der gefasste als ein Umsturz in der Haltung empfunden wor-den und ohne Verständnis geblieben. Die Partei wird es ad-welteln, ihre bisherige sachliche Mitarbeit in Oppo-sition zu verahren, sie wird erst recht und mit doppeltem Eifer ihren parlamentarischen Pflichten gerecht zu werden trachten. Nicht Reichsherei, sondern Konsekration sei die Parole, aber unerhittlich möge das Urteil aller Liberalen bleiben über die Mehrheit, der jetzt die peinliche Aufgabe nicht erleichtert werden soll, dem Reichs-tage die Situa zu geben, jener Mehrheit, die den Beschluß gefaßt hat, jener Mehrheit, die den Kanzler gestützt hat, jener Mehrheit, der das Bürgerium in Stadt und Land die jetzige Form der Steuer-erhebung verbannt.

Mehlich der „Gannov. Cour.“: Der ausdrückliche Verklärung, daß die Nationalliberalen auch in der neuen Session zu sachlicher Mitarbeit bereit sind, hätte es nicht bedurft; das versteht sich doch von der ganzen Ver-gangenheit unserer Partei von selbst. Aber wenn die feste Haltung der Partei in der Steuerfrage für viele Sympathien wieder ge-tommen und neue erworben hat, so darf auch ihr konsequen-tes Vorgehen bei der Präsidentenwahl auf Ver-ändenis und Zustimmung rechnen. Ueber die Notwendig-keit hinaus, der die nationalliberale Fraktion damit Rechnung ge-tragen hat, ist es man da, so man auf ihre Mitarbeit angewiesen ist, einsehen, daß die Partei nicht bereit ist, sich von irgend einer Seite ins Schlepptau nehmen zu lassen, sondern daß sie bei den Kämpfen, die uns bevorstehen und die nicht dadurch beseitigt werden, daß man die Augen vor ihnen schließt, unweicht ihre eigene Sache ziehen und an dem Entschlusse festhalten wird, das Kampfbild durchzuführen, was sie für eine gedeihliche Entwicklung unserer gesamten Verhältnisse für erforderlich hält.

In einer Berliner Drahtmeldung der „M. N. N. R.“, die sich auf Informationen aus parlamentarischen Kreisen stützt, wird ausgeführt:

Daß auch die freisonnerende Reichspartei wie die National-liberalen den Beschluß gefaßt hat, sich am neuen Reichstagsprä-sidium nicht zu beteiligen, läßt, wie uns aus parlamentarischen Kreisen bestätigt wird, die Vermutung als sehr wahrscheinlich er-scheinen, daß die Nationalliberalen und die Reichspartei sich be-mühen, engerer Fühlung miteinander zu nehmen, da sie ja vielfach sich auf dieselben Kreise stützen, nämlich auf die In-telektuellen in den größeren Städten, auf Handel und Industrie und einen Teil der Landwirtschaft. Zedentfalls soll, wie uns aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, der jetzige Präsidents-berichts der Nationalliberalen, die zweite Vizepräsidentenstelle nicht anzunehmen, nicht einen Auf nach links bidden. Die Nationalliberalen wollen vielmehr in geader Linie vor-wärts marschieren und in ihrem politischen Verhalten die Konse-sequenzen beobachten, die man von ihnen mit Recht im Lande er-warten kann.

Uebrigens können wir noch versichern, daß an die Nationallibe-ralen von keiner Seite irgend jemand herangekommen ist, um mit ihnen über die Beizung des Präsidiums zu verhandeln. Die Nationalliberalen rücken ihr Verbleiben auch schon im Hinblick auf den späteren Reichstag ein. Jetzt sind sie zwar ausgeschaltet durch den neuen Besch. In dem im Jahre 1911 zu

Im Geistesleben steht Natur und Kultur, das heißt die Natur und die Kultur, die Natur und die Kultur, die Natur und die Kultur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Der verlassene Garten.

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Der verlassene Garten.

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur, die Natur ist die Natur...

Volkswirtschaft.

Vereinigte Brauereien Badischer Eisenbrauerei u. Siedinger Trompeterbräu Akt.-Ges. Woldebat.

Der Bierabfah... im Geschäftsjahr 1908/09 um ca. 1500 Hektoliter, infolge der Beilegung der Abteilung Siedingen mit einem vollen Betrieb...

Die Aufwärtsbewegung am internationalen Eisenmarkt ist der „Köln. Volksztg.“ zufolge zum Stillstand gekommen. In den letzten Monaten hat den Bedarf für die nächsten Monate bedeckt und zeigt abwartende Haltung...

Landesproduktenbörse Stuttgart. Durchschnittspreise von November 1908. Weizen, württ. neu A 22, 95, kräftiger A 23,00, bayerischer neu A 23,40...

n. Mannheimer Produktenbörse. Die Stimmung an der hies. Börse ist weiter ruhig. Das Geschäft bleibt klein, weil der Konsum über den Bedarf hinaus keine Neuerwerbungen macht...

Der Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kassa, cfr Rotterdam: Weizen Laplata-Bahia-Blanca oder Varletto-Ruffo per Januar-Februar M. 169-170, bo. ungar. Ausfaat 79 Kilo per Januar-Februar M. 169-170...

Roggen russischer 9 Rub 10-15 schwimmend M. 130 bis M. 131, bo. 9 Rub 15-20 schwimmend M. 131-132, norddeutscher Roggen 78-74 Kilo prompte Abfabung M. 131-132.

Gerste russ. 58-59 per Dezember M. 103-104, bo. 59-60 Kilo per Dezember M. 104, Tonan 58-59 Kilo per schwimmend M. 103-104, bo. 59-60 Kilo schwimmend M. 101-102, Saplata 46-47 Kilo schwimmend M. 101-102.

Dafel russischer prompt 46-47 Kilo schwimmend M. 107 bis 108, bo. 47-48 Kilo prompt M. 107-108, Tonan nach Wasser schwimmend von M. 106-109, bo. per Dezember M. 106 bis 110, Saplata 46-47 Kilo per Januar-Februar M. 106 bis 107.

Verhandlungen in der Zementbranche. Auf Veranlassung der hiesigen Portland-Zementfabrik finden erstere Verhandlungen zwischen verschiedenen Zementwerken statt, in denen noch einmal der Versuch gemacht werden soll, über die Abgrenzung der verschiedenen Lieferungsgebiete und über die Beeile zu einer Einigung zu gelangen...

Der Aufsichtsrat der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft beschloß nunmehr, der auf den 29. d. M. einberufenen Hauptversammlung den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 5 Mill. Mark, also auf 25 Mill. Mark, durch Ausgabe von 3125 Stück neuer Aktien zum Nennbetrag von 1600 M. mit Einzahlung von 26 Prozent zu unterbreiten...

Die Hohenzollern Akt.-Ges. für Lokomotiv-Bau in Düsseldorf hatte einschließlich M. 91930 (i. V. M. 80465) Vortrag nach M. 129119 (M. 126844) Abschreibungen einen Reingewinn von M. 1128664 (M. 1061080), woraus bekanntlich wieder 12 Prozent Dividende verteilt, M. 440000 (M. 680000) dem Verfügungsfonds überwiesen, M. 100000 für Wohlfahrtszwecke referiert und M. 108664 vorzutragen werden...

Leonhard Tief Akt.-Ges. in Köln. Die Dividende der Leonhard Tief Akt.-Ges. in Köln dürfte nach dem „Berl. Cour.“ diejenige des Vorjahres für das 7 Prozent verteilt wurde, um 1/2 bis 1 Proz. übersteigen.

Eine Brauerei, die ihre Dividende erhöht, während der größte Teil der norddeutschen Brauereien zu Dividendenermäßigungen gezwungen wurde, ist ganz eine Seltenheit. Die Düsseldorf-Brauerei des Hrn. Dietrich Akt.-Ges. ist in der Lage, ihren Aktionären die Erhöhung der Dividende von 11 auf 12 Prozent vorzuschlagen...

Ueber die Verhandlungen der dem Zentralverbande Deutscher Industrieller angehörenden Kartelle und Syndikate am 16. Oktober ds. J. in Berlin enthält das Novemberheft der „Kartell-Rundschau“ einen erschöpfenden Bericht...

Deutsche Zündholzkonvention. Die Ausschussmitglieder der Deutschen Zündholzkonvention hielten in Kassel freigeigentlich Besprechungen ab, um die Vorbereitungen zu einem feierlichen Zusammenkunft diebeilich in Form eines Syndikats zu treffen...

Die Deutsche Eisenbahn-Zykluswagen-Gesellschaft in Berlin zahlte in 1908/09 für Pacht M. 210210 (i. V. M. 154406) an die preussisch-bayerisch-sächsischen Staatsbahnen. Sie erhöhte ihren Kapitalstock um 13 auf 88, nach M. 421482 (i. V. M. 406666) Abschreibungen wurden aus M. 882521 (M. 869273) Reingewinn bekanntlich 10 Prozent (wie i. V.) Dividende vorgeschlagen...

Telegraphische Handelsberichte.

Table with 2 columns: Item (Kassa, Metall-Behand, Darunter Gold, etc.) and Value (M. and M.).

Grundkapital... 180000000 unverändert, Reservefonds... 61814000 unverändert, etc.

Die Deutsche Reichsbank befindet sich mit M. 691003000 in der Notensituation gegen eine freierweise Notensituation von M. 73133000 am 28. Nov. u. gegen eine freierweise Notensituation von M. 89466000 am 10. Novbr. 1908.

Bei den Rechenungsstellen wurden im Nov. M. 4116621000 abgerechnet.

Brauerei zum Stocken A.-G. in Speyer. * Speyer a. Rh., 2. Dez. Die Gesellschaft, die im vorigen Jahre unter teilweiser Veranziehung der Reserven A. 238282 Extraausschüttungen vornehmen mußte und zwar fast ganz aus Darlehen und Pfandbriefen, weshalb damals eine Dividende nicht zur Verteilung kommen konnte...

Köln vom Dividendenmarkt. * Frankfurt a. M., 2. Dez. Die Dividende der Schwarzburger Opaufelbank in Sonderhausen wird lt. „Berl. Stg.“ auf 1/2 wie im Vorjahre gestellt.

Brandenburg a. Havel, 2. Dez. Die Verwaltung der Corona Fahrradwerke und Metall-Industrie, schlägt eine Dividende von 6 pEt. gegen 12 pEt. i. V. vor.

Berlin, 2. Dez. Die Victoria-Brauerei A.-G. in Berlin verteilt pro 1908/09 wieder eine Dividende von 3 pEt.

Belebung des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes. * Köln, 2. Dez. (Telegr.) Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenmarkt meldet die „Köln. Volksztg.“: Die im September begonnene Belebung des Kohlenmarktes macht sehr langsame, aber ständige Fortschritte. Die Zahl der Feuerföhrten geht zurück, während die der zum Versand gelangenden beladenen Kohlenwagen entsprechend zunimmt...

Vorschläge zur Gründung einer Zündholzkonvention. * Kassel, 2. Dez. Hier wurde von den Ausschussmitgliedern der Zündholzkonvention einander vertrauliche Besprechungen über die Herbeiföhrung eines festen Zusammenschlusses, namentlich in der Form eines Syndikats, gepflogen, um den nachteiligen Folgen der neuen Steuererleichterung entgegenzuwirken.

Verkauf des Münchener Elektrizitätswerkes München-Lh. * München, 2. Dez. Das Elektrizitätswerk München-Lh., bisher der Siemens und Halske A.-G. in Berlin gehörend, ging heute nach dem „M. N. N.“ durch Kauf an die Amber Elektrizität A.-G. in München über.

Reine russische Anleihe. * Berlin, 2. Dez. Der „Vaterländische Anzeiger“ zufolge wurde im Finanzministerium erklärt, gegenwärtig sei kein Anleihebedürfnis vorhanden. Auch die Ausgabe einer inneren russischen Anleihe sei in Frage gestellt.

Ermäßigung der Elbstrafgebühren. * Hamburg, 2. Dez. Die Elbstrafen in letzteren Seite um 5 f niedriger und sollen bis nach Hamburg auf 22 f nach Altona auf 30 f und lt. „Berl. Stg.“ nach Ruffia auf 50 f.

Zahlungsverhältnisse. * Bremen a. N., 2. Dez. Der Inhaber der Firma Dietrich de Quire Nachf. W. haben in Bremen a. N. bei H. „Berl. Stg.“ die Zahlungen eingeleistet. Die Passiven betragen 297000 M., die Aktiven etwa 100000 M.

Bestellung eines Rosenverwalters. * Remscheid, 2. Dez. Für die Obste- u. Gartenbau Compagny wurde lt. „Berl. Stg.“ ein Rosenverwalter bestellt.

Goldproduktion von Alaska. * Remscheid, 2. Dez. Die diesjährige Goldproduktion von Alaska ist auf die Hälfte zurückgegangen. Laut „Berl. Stg.“ sind die Bitterungs- und unangünstigen Verhältnisse daran schuld.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with multiple columns listing various commodities like Weizen, Roggen, Gerste, etc. and their prices.

Beizenmehl Nr. 00 0 1 2 3 4, Roggenmehl Nr. 01 25 75 1) 22 75, Tendenz: Getreide ruhig.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Tendenz war auch heute wieder besonders für Versicherung-Aktien sehr fest. Bad. Anstaltsges. gingen zu 1600 M. pro Stück um, Frankonia gesucht zu 570 M., ferner Mannheimer Versicherung-Aktien zu 570 M. und Oberhein. Versicherung-Aktien zu 700 M.

Table with columns: Aktien, Brief, Geld, and various stock names like Fabrik, Chem. Industrie, Brauereien, etc.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. * Berlin, 2. Dez. Handelsbörse. Das Interesse der Börse konzentrierte sich heute wiederum hauptsächlich auf einzelne Werte, namentlich des Montanmarktes. Bedeutende Käufe erfolgten in Rombacher Hütten- und Harpener Bergwerksgesellschaft-Aktien...

Table with multiple columns listing market data for Berlin, London, and other locations, including various financial instruments and their prices.

Londoner Effektenbörse.

Table listing London market data, including exchange rates and prices for various commodities and securities.

Wiener Börse.

Table listing Vienna market data, including prices for various goods and financial instruments.

Berliner Produktenbörse.

Table listing Berlin market data for various products, including prices and exchange rates.

Budapester Produktenbörse.

Table listing Budapest market data, including prices for various goods and commodities.

Liverpooler Börse.

Table listing Liverpool market data, including prices for various goods and commodities.

Frankfurter Effektenbörse.

Text describing the Frankfurt market data and the state of the stock exchange.

die Belebung nur auf einzelnen Märkten zu. Unter dem Eindruck der festen Haltung der Remporter Börse konnte sich der Londonmarkt beleben und zeigte mit wenigen Ausnahmen feste Tendenz.

Die heute erstmals zur Notierung gelangenden Aktien der S. Ruch, Waggonfabrik N. G. in Heidelberg gingen zum Kurse von 192.50 bezahlt ab.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table listing telegram rates and exchange rates for various locations.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table listing state paper prices and exchange rates for German government securities.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table listing stock prices for various industrial companies.

Bergwerksaktien.

Table listing stock prices for various mining companies.

Afrika deutscher und ausländischer Transportankosten.

Table listing transport costs for various African routes.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing stock prices for various banks and insurance companies.

Table listing various financial instruments, including bonds and exchange rates, with columns for instrument names and prices.

Frankfurt a. M., 2. Dez. Kreditaktien 211.90, Staatsbanknoten 197.50, Dresdner Bank 162.25, Lombardische 182.00, Deutsche Bank 248.70, Reichsbank 150.10, Lombarden 23.65, Diskont 197.10, Dresdener 162.00, Reichsbank 150.10, Lombarden 23.65, Diskont 197.10, Dresdener 162.00.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold, Handelsbuch Nr. 56 und 1637, 2. Dezember 1909. Provisionsfrei!

Table listing various goods and their prices, including different types of flour and other commodities.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

1. Dezember: Dampfer 'Prinzregent Luitpold' angekommen Genua, D. 'Kreuzfeld' abgegangen Rijadon, D. 'Schlag' abgegangen Southampton, D. 'Kreuz' abgegangen Hongkong, D. 'Edwards' abgegangen Port Said, D. 'Prinz Friedrich Wilhelm' abgegangen New York, D. 'Lüdingen' abgegangen Bremerhaven, D. 'Deildberg' abgegangen Genua, D. 'Halle' abgegangen Santos, D. 'Therapia' abgegangen Neapel.

Geschäftliches.

Bei den Hauptern gab es medizinische Schemata von geselliger Natur, in denen für jede Krankheit eine bestimmte Behandlungsweise vorgeschrieben war, nach der sich jeder Arzt zu richten hatte.

Verantwortlich:

Für Inhalt und Redaktion: Dr. Fritz Goldmann; für Druck und Vertrieb: Dr. G. Haas'sche Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Dr. Kott's
Yohimbin
Tabletten
Flacon
à 20, 30, 100 Tabl.
M. 4, 6, 10, 18 —
Hervorragend Mittel bei Schwäche-
zuständen beiderlei Geschlechtes.
Mannheim: Löwen-Apothek.,
K 2, 10. Telef. 610.
1902

Her-Kalligraph
Gander's
gram. Methode. Anordnungen.
Montag, 6. Decemb.
erschienen mit neuer Schrift.
Herren und Damen
schreiben in kurzer Zeit eine schöne
Schrift
mit Hilfe der Ausbildung in der
Schriftführung
M. 12m. 10. Stenografie.
Maschinen-schreib. M. 10.
Kopier- u. 255. Karte. Druck. groß.
Gedr. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
Gebrüder Gander
Mannheim
C 1, 8, am Paradepl.

Inhaber Paul Kuhn
bei neuester Schienung u. billigen
Preisen repariert u. fähig.
Tel. 3210.

JOURNAL LESE-KRÄNDEL
Leser
FRANCKEN & LANG
Leser-Mappen
A: oder B:
enthaltend: enthaltend:
Broschüren, Bücher, Zeitschriften,
Karten, Briefe, etc.
Abonnementspreis
für A oder B 25
per Quartal: 5.00
per Jahr: 10.00
per 6 Monate: 7.50
per 3 Monate: 5.00
per 1 Monat: 2.50
Francken & Lang
Mannheim, C 4, 6.
Fernsprecher 1212

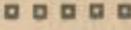
Unterricht.
Pädagogium
Höhere Privat-Schule
Vorbereitung u. Nachhilfe
K 3, 28, III. Stock.
Sprechstunden 3-6 Uhr.
Wir haben noch einen Lehrer
für Engl., Französisch, Arab.
für Anfang u. Fortschritte mit
Broschüren und Materialien
welche sich vortheilhaft zu
2-4 U. r. nachmittags. 21658

Ankauf.
Guttes Geschäft zu mit Grund-
stück hier od. umgeben. Son-
stige Ankauf nebst, mit bei-
trauen. Ankauf, mit, es, Kauf-
schick. C 11, u. 21945 u. 6. U. r.

Hamburger Engros-Sager
M. Hirschland & Co.
MANNHEIM P 3, 1

GROSSER WEIHNACHTS-VERKAUF

zu reduzierten Preisen
in allen Abteilungen



Zur Verteilung gelangt unser

Pracht-Märchenkalender

wie nebenstehende Abbildung
und andere Märchen-Dessins.

HIRSCHLAND

P 3, 1 Planken P 3, 1

Im Fluge
haben sich die
Beliebtheit der
sparsamen Hausfrauen
die beiden allgemein ein-
geführten
van den Bergh'schen
Margarine-Marken
Vitello und Clever-Stolz
errungen und zwar wegen ihres ausgesprochenen Butter-
geschmacks, des köstlichen Aromas und nicht zum wenigsten
wegen der bei ihrer Verwendung ermöglichten grossen Ersparnis.
Erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Von heute bis 31. Dezember
kostet bei uns zum Reinigen: 21600
jeder Herrenanzug Mk. 2.50
jedes Kleid 3.—
jeder Damenrock 2.—
jede Bluse 1.20
Seidene Blusen und Kleider entspr. billiger.
Grüns Färberei u. Chem. Wascherei
E 1, 13 Telephon 384. P 5, 13a

Briefbogen
mit geprägtem Monogramm
als
11219
Weihnachts-Geschenke
liefert prompt.

Grosse
 Weihnachts-Ausstellung
 Kristall Glas Porzellan Bronzen
 O 2, 2, Louis Franz, Paradeplatz

Draht-
Gewebe-Geflechte in allen
Maschenarten für Einrie-
digungen etc.
Theodor Löhler
78, 25 Mannheim Tel. 10
Drahtmattenfabrik Eisen u. Messingblechstellen.

Alex. Todorowitsch
Gravier- und Prägeanstalt
E 3, 14 — Planken.

Trauringe
O. S. Z. — ohne Böttinger.
lassen Sie nach Wunsch am
billigsten bei
C. Fesenmeyer,
P 1, 3, Breitelstraße.
Jedes Brautpaar erhält eine
geschaltete Schwarzweizer
Uhr gratis.

Ruhrkohlen und Koks
deutsche und englische Anthracit
in bester Qualität liefern zu billigsten Preisen franco Haus
August & Emil Nieten
Kontor: Lulsenring J 7, 19. Lager: Fruchtbahnhofstr. 22/35.
Telephon Nr. 217. 1396 Telephon Nr. 3023.

Richter's Puppenklinik
Kranke Puppen jeder Art finden
vollständige Wiederherstellung.
Sämtliche Reparaturen billigst.
Patienten werden bald erbeten.
Grosses Lager in Giledergelenk-
puppen in teuren u. billigeren Quali-
täten. Lederhülle und Imitation.
Köpfe in Bisquit u. Celluloid. Hände,
Beine, Körper und Perrücken.
Richter's Perrücken aus echtem
Haar, unverwundlich zum Kämmen,
wenn auch beigegebenes Haar ver-
wendet wird, in konkurrenzlos schöner
Ausführung.
Chr. Richter, D 4, 17.

Musik-Lehrer
EMIL MULLMEYER, G 3, 11
erteilt gediegenes Unterricht in Klavier,
Zither, Mandoline und Laute. 1857

Sparsame Hausfrauen
verwenden
VENEZOL
Flüssige Parkett- und Linoleum-Putz-
mittel. Keine Stahlspäne mehr nötig.
ROSOLWERK MANNHEIM.
Zu haben in allen besseren Drogerien,
Kolonialwaren- u. Tapetenhandlungen.

Geldverkehr
Tome wünscht per sofort 200
Mark zu leihen gegen monat-
liche Rückzahlung u. Zinsen.
C 11, u. 21844 u. 6. U. r. 5. U. r.

Zu vermieten
Nähe des Hauptbahnhofes
per 1. April schöne herr-
schaftliche Wohnung, 6
pracht. alle Zimmer mit reichl.
Ausbau, 9 Dopp. hoch, preis-
wert zu vermiet. Näh. Max
Sauter, Htd. Pank. 15
Telephon 1213. 12585

in der Hauptsynagoge.
Freitag, den 3. Dez., abends 4 1/2 Uhr. Samstag, den
4. Dez., morgens 9 1/2 Uhr. Nachmittag 3 1/2 Uhr. Jugend-
gottesdienst mit Schriftklärung, abends 5 1/2 Uhr.
In den Wochentagen.
Morgens 7 1/2 Uhr, abends 4 Uhr.
In der Cl. n. Synagoge.
Freitag, den 3. Dez., abends 4 1/2 Uhr. Samstag, den
4. Dez., morgens 8 1/2 Uhr. abends 6 1/2 Uhr.
In den Wochentagen.
Morgens 7 Uhr, abends 4 Uhr.